

Wirtschaftssubventionen

Lunch-Schecks und Erdbeeren für alle

Zwei Milliarden Franken wollte der Bundesrat zur Unterstützung der durch den hohen Frankenkurs gebeutelten Schweizer Wirtschaft einsetzen. Am Mittwoch ist nun das Hilfspaket für 2011 auf 870 Millionen Franken geschrumpft.

Von Stefan Howald

Anders als bei der notfallmässigen Rettung der Banken oder den Massnahmen der Nationalbank zur Schwächung des Frankens sollte mit diesen Milliarden eine gezielte Investitionspolitik betrieben werden. Die NZZ meldete nach der ersten Bekanntgabe des Investitionspakets denn auch vornehm: Der Bundesrat «irritiert». Das ist doch schon mal was.

Die geplante Finanzspritze ist zuerst einmal symbolische Politik. Im Vorfeld der kommenden Parlaments- und Bundesratswahlen wird Tatkraft markiert. Der als Zauderer geschmähte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann darf sich als Macher zeigen, und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf kann ein bisschen zusätzliches Wohlwollen ebenfalls gebrauchen. Aber die Summe liegt nicht nur deutlich unter der bundesrätlichen Ankündigung, sondern auch unter jener bisheriger Konjunkturprogramme. Man mag das ebenfalls symbolisch nennen. Einerseits.

Andererseits geht das Investitionspaket übers Symbolische hinaus. Dass überhaupt über Investitionspolitik geredet werden kann, ist ein Fortschritt: Wirtschaft ist nicht nur Finanzwirtschaft, und die Märkte können vielleicht doch nicht alles richten.

Entsprechend löste der Vorschlag im Vorfeld Kontroversen ausgelöst. Einerseits warnten die Rechtsliberalen und Monetaristen vor einem ordnungspolitischen Sündenfall. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, sekundiert von bürgerlichen Professoren, ging in die Gegenoffensive und verlangte für dieses Jahr schamlos den Verzicht auf alle Unternehmenssteuern. Der Gewerbeverband verwarf einen Eingriff ebenfalls und schlug stattdessen den Abbau administrativer Hürden und die Privatisierung bestimmter staatlicher Aufgaben vor. Die SVP wartete auf ein Wort des Alten von Herrliberg. Andererseits

signalisierte die SP qualifizierte Unterstützung, wobei sie die gezielte Hilfe für ausgewählte Branchen und Betriebe der Exportindustrie und im Tourismus in den Vordergrund stellte.

In der Mitte schwankte die FDP zwischen rabiatem Wirtschaftsliberalismus und wahltaktischer Unterstützung ihres Bundesrats. Auch CVP-Vertreter liebäugelten anfänglich damit, die Milliarden zum Schuldenabbau zu verwenden, doch dann fand die Partei ihren opportunistischen Zickzackkurs wieder und wollte die Vorschläge gemässigt unterstützen.

Die am Mittwoch verkündeten konkreten Vorschläge des Bundesrats für 870 Millionen haben nun alle Erwartungen und Befürchtungen glorios enttäuscht. Austariert werden kurz- langfristige Massnahmen: der grössere Teil sofortige Gelder für Firmen, die Kurzarbeit eingeführt haben, um Arbeitsplätze garantieren; der Rest für mittelfristige Massnahmen in Bildung und Tourismus. Das weitere «Impulsprogramm» für 2012 über rund eine Milliarde Franken wird noch stärker in den konservativen Gegenwind laufen. Die SP sieht sich erneut im Abwehrkampf, muss aber auf ihren Vorschlägen nach der Bevorzugung kleinerer Unternehmen, sozialverträglicher Absicherungen sowie struktureller Fragen beharren. Für solch zähe Kleinarbeit ist die SP ja schliesslich da. Einerseits.

Andererseits dürfte man von ihr schon ein paar grundsätzlichere Vorschläge erwarten, und ein wenig mehr Fantasie.

Was liesse sich also mit zwei Milliarden für 2011/2012 anstellen?

Zum Beispiel: Alle EinwohnerInnen der Schweiz bekommen einen Lunch-Scheck über 200 Franken. Damit machen sich die Menschen zwei schöne Sonntage und unterstützen den einheimischen Tourismus, vornehmlich in nachhaltig wirtschaftenden, lokalen Betrieben, in denen die Lunch-Schecks zum eineinhalbfachen Wert eingelöst werden können, worauf der Wochenendverkehr sowie der Fleischkonsum zurückgehen, die Fettleibigkeit ab- und die allgemeine Gesundheit zunimmt.

Vielleicht auch: Simonetta Sommaruga veranlasst sofort Gratis-Deutschkurse für alle Sans Papiers, kündigt die schnelle Aufnahme von 4000 Flüchtlingen aus Lampedusa an und stellt Gelder und Personal für Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme sowie Kinderkrippen zur Verfügung. Der Bildungssektor und die Care-Ökonomie boomen, die Schweizer

Wirtschaft bekommt innovative, kreative Fachkräfte und der Schweizer Alltag etwas mehr Farbe und eine konstruktiv-spannungsvolle Atmosphäre.

Oder dann: Das AKW Mühleberg wird sofort abgeschaltet; der Bund kauft kurzfristig winderzeugten Strom aus Dänemark ein, und die bisherigen Kompetenzzentren für nachhaltige Technologien werden massiv gefördert, sodass die Schweiz ihren einstmals führenden Rang nicht nur bei umweltfreundlichen Techniken, sondern auch bei der Reduktion des Energieverbrauchs zurückgewinnt, und für die restlichen 70 Millionen bekommt jeder und jede drei Erdbeerpflanzen für Balkone und Gärten.

Womöglich sogar: Der Bund kauft 800 Mehrfamilienhäuser auf – mit Sondervollmachten zu Preisen unter den marktüblichen –, renoviert sie nach neuestem energetischem Standard und übergibt sie ins Gemeineigentum von Hausgenossenschaften beziehungsweise der neuen MieterInnen mit Mindesteinkommen. Die Bauindustrie wird gefördert, durch die Verringerung der Mietausgaben steht mehr inländische Kaufkraft zur Verfügung, der drohenden Immobilienblase wird etwas Luft abgelassen, und der Wechsel vom Kapital- zum Genossenschaftsprinzip bedeutet ein Schrittdchen zur Überwindung des Kapitalismus.

Dieser Kommentar erschien in der WOZ – Die Wochenzeitung Nr. 35/11 vom 1. September 2011.